

Informationen des Österreichischen Solidaritätskomitees / Plattform proSV
1070 Wien, Stiftgasse 8, Kontakt: oesolkom@gmx.at Web: <http://proSV.akis.at>

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

A U F R U F

zum 20. Jänner 2013

JA zur Neutralität – NEIN zur Berufsarmee

Wer gegen eine Berufsarmee ist, wer keine weitere Aufrüstung Österreichs will, wer nicht in die EU-Militarisierung oder in NATO-Kriege hineingezogen werden will, wer für die Erhaltung der Neutralität ist, kreuzt am 20. Jänner 2013 bei „Wehrpflicht“ an.

Eine Gewissensfrage – keine Parteientscheidung!

Aus der Werbung des Ministeriums:
„SATIRE.“
FÜR GUTES GELD.
Wir geben neues Wapen

**Gutes Geld?
Für wen?
Unser gutes
Geld für eine
hochbezahlte
Berufs-Killer-
Armee?
Nein Danke!**

**Schaut so
Katastroph heute hutz aus?
Schaut so
Verteidigung
der Neutralität aus?
Schaut so
Schutz
und Hilfe aus?
Schutz und Hilfe –
für wen? Für EU-
und NATO-Angriffs-
kriege und für
Konzernprofite.**

Berufsarmee bedeutet nicht mehr Sicherheit, sondern Teilnahme Österreichs an den Angriffskriegen der EU oder NATO für Konzernprofite. Das macht Österreich zum Angriffsziel und somit unsicherer!

Für ein österreichisches Bundesheer, das der Neutralität und dem Schutz der Bevölkerung verpflichtet ist!

JA ZUR NEUTRALITÄT – NEIN ZUR BERUFSARMEE

Berufsarmee bedeutet Teilnahme Österreichs an den Angriffskriegen der EU oder NATO für Konzernprofite.

Für ein österreichisches Bundesheer, das der Neutralität und dem Schutz der Bevölkerung verpflichtet ist.

GewerkschafterInnen gegen ein Berufsheer – für Neutralität
SozialdemokratInnen gegen ein Berufsheer

- Berufsarmee bedeutet Verdoppelung der bisherigen Heereskosten auf 4 Mrd. Euro plus Eurofighter-Vorleistung von 6 Mrd. Euro, gleichzeitig Milliarden-Kürzungen bei Arbeitenden, Pensionisten, im Sozial- und Bildungsbereich.
- Berufsarmee, Aufrüstung und Krieg fressen Steuermilliarden wie die Bankenrettung. Das dient nicht unserer Sicherheit, sondern der Sicherung der Profite der Aktionäre.
- Berufsarmee heißt: unter dem Vorwand friedensschaffender Maßnahmen Teilnahme an den EU-Kampftruppen, sei es unter EU-, NATO- oder deutschem Kommando. Gegen einen neuen Anschluss!
- Berufsarmee bedeutet Sozial- und Demokratieabbau. Das Heer muss Volk und Demokratie dienen, nicht den Konzerngewinnen.
- Berufsarmee bedeutet Ende der aktiven Neutralitätspolitik, die von 90% der ÖsterreicherInnen befürwortet wird, führt zu Beteiligung an den Raubzügen im Interesse der Konzerne und macht Österreich zum Angriffsziel.

Termine von Verteilaktionen des obigen Flugblattes im Dezember 2012 und Jänner 2013 finden sich auf der Homepage www.gewerkschafter-gegen-berufsheer.at **MithelferInnen melden sich bitte** unter: info@gewerkschafter-gegen-berufsheer

Dieses Flugblatt mit den wichtigsten Argumenten kann auch bestellt werden unter: info@gewerkschafter-gegen-berufsheer.at bzw. per Post an: , Stiftgasse 8, 1070 Wien.

100 Stück im Postkartenformat inkl. Versand: 5,- Euro

Einzahlung Konto bei der PSK, Nr.: 00079-348-267 – Bankleitzahl 60.000
oder: BIC: OPSKATWW, IBAN: AT986000000079348267
Empfänger: W. Leisch, Verwendungszweck: ÖSK, Flugblatt gg. Berufsheer

Download unter: www.gewerkschafter-gegen-berufsheer.at

Österreich soll eine Berufsarmee bekommen. Warum?

Für die großen europäischen Kapitalgruppen und Konzerne betreiben die EU-Regierenden nun auch militärisch den Kampf um Absatzmärkte, Rohstoffquellen sowie geopolitischen Einfluss.

Im schärfer werdenden Konkurrenzkampf mit den USA ist die EU wirtschaftlich schon die Nummer 1. Die USA führt gegen die EU einen heftigen **Wirtschaftskrieg**. Sie setzen aber gleichzeitig überall auf der Welt auf **Krieg**, um ihre Vorherrschaft auszubauen. Nun betreiben die EU-Staaten, allen voran die Großmächte Deutschland und Frankreich, seit 10 Jahren den Aufbau einer offensiven EU-Armee, Marine und Luftwaffe um überall auf der Welt Krieg führen zu können. Kerntruppe dieser Armee sind die „battle groups“, die EU-Kampftruppen. Sie sollen **mit** den USA bzw. NATO und **in Konkurrenz** zu den USA in den Verteilungskämpfen um noch mehr Profite mitemischen!

Bei diesen neuen offensiven Kampftruppen geht es keineswegs wie bisher um „friedenserhaltende Missionen“ im Auftrag der UNO, bei denen verhindert werden soll, dass zwei kriegsführende Parteien einander weiter bekriegen. Nunmehr soll es aber zunehmend um „friedenschaffende Maßnahmen“ gehen, d.h. um das Kriegführen im Interesse einer Partei, in Wahrheit aber im Dienste der großen Konzerne. All dies unter dem Vorwand für Menschenrechte, Demokratie und gegen Terrorismus einzutreten, sowie es die USA im Irak und in Afghanistan vorexerziert haben.

Während wir von den Politikern und den Medien, gerade angesichts der Debatte ums Berufsheer, systematisch belogen werden, sagt die EU in ihren Publikationen selbst sehr deutlich worum es geht:

DIE EU-MILITÄRSTRATEGIE

„Die Europäische Union will über beides verfügen, die militärischen Fähigkeiten, die mit einer globalen Macht assoziiert werden, und die

Kapazitäten, diese innerhalb ihrer Grenzen herzustellen.“ (Barrinha, Andre: Global Society, Vol.24, 2010) „Der politische Wille nach einer globalen (Mit-)Führung kann nur dann geltend gemacht werden, wenn er auch machtpolitisch unterfüttert wird...“ (Massala: Kaldrack/Pöttering 2011) Seit den 1990er Jahren haben „die globalen Absatz- und Investitionsstrategien europäischer transnationaler Konzerne (TNK) ...enorm an Einfluss gewonnen ...“ Es geht um „die Schaffung günstiger Wettbewerbsbedingungen für europäische transnationale Konzerne durch die Liberalisierung von Waren- und Dienstleistungshandel durch die Gleichstellung ausländischer und inländischer Investitionen und den weltweiten Schutz von Unternehmen und geistigem Eigentum vor dem Zugriff der Staaten ... Und es herrscht natürlich auch ein Interesse seitens der EU-Konzerne, dass Rechtssicherheit und Investitionsschutz nötigenfalls von der Europäischen Union auch militärisch gewährleistet werden...“ (Lühmann/Malte IMI 2011/015)



Dazu dient u.a. der verstärkte Aufbau des Militärapparats, inklusive der „battle groups“! Am offensten haben James **Rogers** und Robert **Cooper** die imperialen Pläne der EU

formuliert! **Rogers**, Berater des EU-Rates, sagt:

„Das ultimative Ziel einer Geostrategie ist es, Geografie und Politik miteinander zu verknüpfen, um die Macht und die Einflussosphäre des heimischen Territoriums zu maximieren ... Ein solches Konzept muss von einem ... hervorragend aufgestellten Militär unterstützt werden, das darauf abzielt, das Auftauchen möglicher Rivalen zu vereiteln.“ (Roger, James: A New Geography of European Power?, Egmont Paper Nr. 42, Jänner 2011).

EUROPÄISCHER GROSSRAUM

Anschließend steckt James Rogers einen „Grand Area“ genannten europäischen Großraum ab, den es gelte, unter Kontrolle zu bringen und legt damit nicht weniger als die Kartografie eines „Imperium Europa“ vor. **Es umfasst große Teile Afrikas, die öleiche kaspische und zentralasiatische Region und den Mittleren Osten, reicht aber auch bis weit nach Ostasien, wo es gilt, die zentralen Schifffahrtsrouten zu kontrollieren.** Die „Grand Area“ soll Rogers zufolge mit einem eng gestrickten Netz aus europäischen Militärbasen überzogen und so unter Kontrolle gebracht werden. (Alles zitiert aus: Jürgen Wagner: Die EU als Rüstungstreiber IMI März 2012)

„Das Konzept der ‚Grand Area‘ würde versuchen, diese Länder in ein dauerhaftes EU-geführtes System zu integrieren, das durch Militärbasen, bessere Kommunikationslinien und engere Partnerschaften abgesichert wird – eine europäische Vorwärtspräsenz, um die Notwendigkeit sporadischer Interventionen zu reduzieren.“ (Roger, James: A New Geography.)

Das Militärbasennetz dient dazu: „Erstens, ausländische Mächte davon abzuhalten, sich in Länder in der größeren europäischen Nachbarschaft einzumischen; und zweitens Halsstarrigkeit und Fehlverhalten auf Seiten der lokalen Machthaber vorzubeugen.“ Rogers schlägt

dann eine ganzen Reihe neuer Militärbasen vor: „Neue europäische Militäranlagen könnten im Kaukasus und Zentralasien, der arktischen Region und entlang der Küstenlinie des indischen Ozeans benötigt werden. Das Ziel dieser Einrichtungen wäre es, ... eine latente aber permanente Macht innerhalb der ‚Grand Area‘ auszuüben.“ (Roger, James: A New Geography.)

IMPERIALES KONZEPT

Das imperiale Konzept von Rogers bezieht sich u.a. auf die Arbeiten von **Cooper**, früher Büroleiter des langjährigen EU-Außenbeauftragten Javier Solana. Cooper ist einer der einflussreichsten EU-Strategen. Er fordert schon lange für die EU einen „postmodernen Imperialismus“, der „durch internationale Finanzinstitutionen wie IWF und Weltbank ausgeübt“ wird. Die EU plant ja nun analog zum IWF einen Eurofonds! Weiters spricht Cooper davon, dass die EU-Staaten auf Basis von Gesetzen und Kooperationen miteinander umgehen. „Aber wenn es um traditionellere Staaten außerhalb des postmodernen Kontinents Europa geht, müssen wir auf die rauerer Methoden einer vergangenen Ära zurückgreifen – Gewalt, präventive Angriffe, Irreführung, was auch immer nötig ist, um mit denen klarzukommen, die immer noch im 19. Jahrhundert leben, in dem jeder Staat für sich selber stand. Unter uns halten wir uns an das Gesetz, aber wenn wir im Dschungel operieren, müssen wir ebenfalls das Gesetz des Dschungels anwenden.“ (Cooper Robert: The Breaking of Nations. London 2003).

Das haben die USA im Irak und in Afghanistan vorgezeigt und auch die EU am Balkan!

SUPERMACHT EUROPA

Die Bertelsmann-Stiftung entwirft in einer Studie ein mögliches EU-Zukunftsszenario: „Im Szenario Supermacht Europa wird das große Europa seinem objektiven Weltmacht-potenzial gerecht. Die Europäische Union nutzt ihre materiellen und institutionellen Ressourcen in vollem Umfang. Wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, Bevölkerungszahl, militärisches Potenzial und das europäische Wertesystem bieten ihr eine beachtliche Handlungsbasis. Die Supermacht Europa verabschiedet sich endgültig von der Idee einer Zivilmacht und bedient sich uneingeschränkt der



SozialdemokratInnen gegen ein Berufsheer.

...weil unser Heer dem Volk und der Demokratie verpflichtet sein muss!

SozialdemokratInnen gegen ein Berufsheer:
www.facebook.com/SPgegenBerufsheer/info?ref=ts „Wir sind gegen die Einführung eines Berufsheeres in Österreich! ...weil uns die Neutralität nicht wurscht ist! ...weil wir keine NATO/EU-Auslandseinsätze wollen! ... weil unser Heer dem Volk und der Demokratie verpflichtet sein muss! ... weil wir uns an Parteibeschlüsse halten ...
 Herstellung des Frieden durch kriegerische Mittel lehnen wir ab. Diese sind weder mit der österreichischen Neutralität noch mit sozialdemokratischen Grundwerten vereinbar ... Ein Berufsheer läuft ständig Gefahr ein Sammelplatz aggressiver Militaristen zu werden ... Egal was der Bundesparteitag beschließen mag, es gab zum Zeitpunkt der Positionierung des Bundeskanzlers und Bundesparteichef keinen Beschluss eines dazu berechtigten SPÖ Gremiums zur Abschaffung der Wehrpflicht. Meinungsumfragen einzelner Landesorganisationen sind gut und schön, wir fordern jedoch angesichts dieser Frage eine Urabstimmung aller Parteimitglieder.“

Mittel internationaler Machtpolitik...“ (Algieri Franco u.a.: Europa Zukunft, 5 EU Szenarien, Bertelsmann-Stiftung 2003).

Der Bertelsmann Konzern ist der größte deutsche Medienkonzern. Er machte 2011 mehr als 15 Milliarden Euro Umsatz und hat großen Einfluss auf die EU-Militärpolitik. Der Konzern forderte schon 1996 in Strategiepapieren, dass Europa zu einer militärischen Weltmacht werden soll!

DEUTSCHLAND DOMINIERT

In der EU ist Deutschland wirtschaftlich schon längst die Nummer 1. Die deutsche Industrie hat sowohl wirtschaftlich als auch militärisch größtes Interesse an der Weiterentwicklung der EU als imperialer Großmacht. Das hat auch der Bundesverband der deutschen Industrie (BDI) zum Ausdruck gebracht: „Die deutsche Industrie hat größtes Interesse am Erhalt des Euros sowie am Fortbestand und der Weiterentwicklung der Europäischen Union.“ (BDI: Ein neuer Vertrag für den Euro 7.9.2011). Das ist auch klar. Denn die EU ist der wichtigste Absatzmarkt für die deutschen Kapitalisten. Ihr Handelsüberschuss gegenüber ihren EU-Partnern beträgt über 110 Milliarden Euro. Auch vom EU-Wirtschaftskrieg hat das deutsche Kapital ungeheuer profitiert. Deutschlands riesige Leistungsbilanzüberschüsse korrespondieren mit den Defiziten der schwächeren EU-Länder wie

Griechenland, Portugal, Spanien, Italien usw. Die Krise in den schwächeren Ländern hat das Einkauf dort noch weiter verbilligt. So ist Deutschland der wichtigste ausländische Investor in Griechenland. Die großen europäischen Kapitalgruppen, allen voran die deutschen, wollen immer bessere Profitbedingungen. Der BDI verlangt demnach u.a. auch eine Verschärfung des Wirtschafts- und Stabilitätspakts und sogar den Ausbau des Europäischen Stabilisierungsmechanismus (ESM) zu einem Fiskalfonds, in welchem dann im Auftrag des Kapitals bei dem Erteilen von Krediten an Staaten wirtschaftspolitische Auflagen gemacht werden. Es werden, ähnlich wie beim IWF, Bedingungen gestellt, die da lauten: Sozialabbau, Lohnsenkungen, Privatisierung, etc. Deutschland hat ja schon 2009 die sogenannte Schuldenbremse in den Verfassungsrang erhoben. Der Staat hat sich damit verpflichtet, auf dem Rücken der Bevölkerung Milliarden zu sparen.

Der deutsche Außenminister Westerwelle forderte 2011 „verbindliche Durchgriffsrechte in die Haushaltsentscheidungen“ von Staaten, die ESM-Gelder in Anspruch nehmen! (FAZ, 6.10.11) So könnten dann die Kapitalisten in den wirtschaftlich schwächeren EU-Ländern noch weitere Ausplünderung der arbeitenden Menschen über Lohndumping, Sozialabbau, Steuerbelastung usw.

durchsetzen. (BDI : Ein neuer Vertrag für den Euro 7.9. 2011).

AUFRÜSTEN UND KRIEGFÜHREN FÜR GROSSE KAPITALGRUPPEN

Die EU-Staaten, allen voran Deutschland, rüsten immer mehr auf, um ihre Fähigkeiten zum Kriegführen zu erhöhen. T. Ries sagt in einer EU-Studie relativ direkt, dass die Staaten im Interesse und zum Schutz der großen Kapitalgruppen und ihrer Profite auch militärisch intervenieren müssen:

„In der Welt herrschen zwei Gruppen: Die erste Gruppe sind die transnationalen Konzerne. (Das sind 0,1% der Weltbevölkerung). Die zweite Gruppe sind die OECD Staaten. „Die OECD Staaten, das sind die EU-Staaten, USA, Kanada, Australien und Japan, müssen mit den transnationalen Konzernen, das sind die 1.000 größten Vermögen, eine symbiotische Beziehung finden ... Sie haben größere Macht als je zuvor. Doch sie brauchen den Staat und der Staat braucht sie“ ... „Die Nr.1-Priorität der EU ist der Schutz des globalen ... ökonomischen Flusses“... „Sie muss den Fluss der transnationalen Ströme sichern und gegenüber den Staaten, die sich dem entgegenstellen, kann es zur direkten militärischen Konfrontation kommen“... „Diese entfremdeten modernen Staaten sehen unser globalisiertes System als Bedrohung“... „Die Aufgabe ist es, sie soweit wie möglich umzudrehen“... „Das wird Kapazitäten für harte Machtausübung erfordern.“... „Zu diesen Staaten zählen Nordkorea, Burma und wenn auch noch mit Fragezeichen Russland.“ (T.Ries - Link zur EU-Strategiestudie:

www.iss.europa.eu/uploads/media/What_ambitions_for_European_defence_in_2020.pdf)

Zu Deutsch heißt das: Die EU rüstet auch gegen Rußland auf, das jedenfalls schon längst ein wichtiges Ziel im Visier der USA ist. Die EU-Konzerne treten zum Teil vehement für den Ausbau der Euro-Armee ein. Direkt profitieren nicht nur die Rüstungskonzerne, sondern auch Konzerne im Sicherheitsgeschäft, wobei die zivilen und militärischen Bereiche ebenso wie die Grenzen zwischen „innerer“ und „äußerer“ Sicherheit in Forschung verwischt werden und zwar gezielt! In Deutschland werden ca. 100 Milliarden Euro pro Jahr im Sicherheitsbusiness umgesetzt. (Jürgen Wagner: Die EU als Rüstungstreiber

ber - IMI März 2012)

Die EU führt weltweit im Rüstungsexport (34% des Weltrüstungshandels) und liegt bereits vor den USA (30%). Die EU hat 2003 um 63 Milliarden Euro, 2010 um ca. 100 Milliarden Euro Rüstungsgüter exportiert. Das bedeutet eine Zunahme um 50%. Die deutsche Rüstungsindustrie alleine ist heute schon die Nummer 1 in Europa und auch der drittgrößte Rüstungsexporteur der Welt.

EURO-ARMEE

Basis der neuen Euro-Armee ist die schnelle Eingreiftruppe der EU, sie soll ca. 80.000 Soldaten umfassen. Bedingt durch Rotation und logistischer Unterstützung rechnet man diese Zahl mal drei, sodass es 240.000 Mann braucht. Speerspitze dieser Truppe bilden die bereits erwähnten „battle groups“, die EU-Kampfgruppen, an denen auch Österreich im Rahmen der EU mitmachen soll. Dies erhoffen unsere Herrschenden mit einem Berufsheer leichter bewerkstelligen zu können.

Die deutsche Bundeswehr ist mittlerweile eine Berufsarmee, die längst entgegen dem deutschen Grundgesetz, zur Angriffsfähigkeit zu Land, zu Wasser und in der Luft voll aufgerüstet wird. Sie soll eine ca. 35.000 Mann starke Eingreiftruppe erhalten. Diese besteht aus Hightech-Soldaten aller drei Teilstreitkräfte mit entsprechender Ausrüstung für die schnellen Eingreifgruppen von EU und NATO. 18.000 Mann stehen für die EU-Kampfgruppe bereit und 15.000 werden für die NATO-Eingreiftruppe NRF (NATO Response Force) bereitgehalten.

DEUTSCHE BERUFSARMEE

Einige Daten zur Aufrüstung der deutschen Berufsarmee:

Das Heer besteht aus insgesamt fünf Divisionen. Es soll 64 Kampfhubschrauber und 32 Transporthubschrauber erhalten. Teil der Artillerie sind Panzerhaubitzen 2000 sowie Raketenwerfer MARS. zurzeit das modernste Rohrwaffensystem der Welt. Der Mehrfach-Raketenwerfer MARS „kann Bomblet- und Minenraketen bis zu einer Entfernung von 38,5 km verschießen.“ Erstmals in der deutschen Militärgeschichte hat die (damals rot-grüne) Bundesregierung Marschflugkörper gekauft. Es wurden für die Tornados und Eurofighter 600 Marschflugkörper Taurus angeschafft. Aus einer Entfernung

von 350 km vom einprogrammierten Ziel abgesetzt, kann Taurus mittels der 500 kg schweren Gefechtsladung noch vier Meter dicken Beton durchschlagen. Die Marschflugkörper Taurus tragen in hohem Maße zur Angriffsfähigkeit der Bundeswehr bei.

Luft

Deutschland hat SAR entwickelt, ein Satellitenaufklärungssystem: *Militärpolitisch bringt uns das in der satellitengestützten Aufklärung auf Augenhöhe mit anderen Staaten.*“ (ogb.system.de, 8.12.08)



GPA-djp-Jugend gegen ein Berufsheer:

http://www.jugend.gpa-djp.at/servlet/ContentServer?pagename=A01/Page/Index&n=A01_0.a&cId=1349786086716

„Die GPA-djp-Jugend spricht sich kategorisch gegen die Einführung eines Berufsheeres aus ... Wir rufen unserer Mitglieder dazu auf, sich an der Befragung zu beteiligen und **gegen ein Berufsheer zu stimmen.**“

Der Rüstungskonzern EADS produziert Drohnen, die die Bundeswehr einsetzen kann. Die deutsche Luftwaffe hat die strategischen Transportflugzeuge Airbus A 400 M ab 2015 zur Verfügung. Deren Luftbetankbarkeit ist so ausgelegt, so dass sie nonstop um die Welt fliegen können. Dieses Transportflugzeug wird als Schlüsselprojekt angesehen und dient offiziell der „Strategischen Verlegefähigkeit in der Luft.“ Der Airbus A 400 M kann Militärgeräte transportieren, wie z.B. zwei Kampfhubschrauber Tiger oder einen Transporthubschrauber NH-90 oder einen Schützenpanzer Puma oder 116 Soldaten mit Ausrüstung. Ende Juni 2003 gingen die Eurofighter in Serienproduktion. Bis zu 180 Maschinen sollen in drei Tranchen bis 2015 beschafft werden.

Wasser

Die deutsche Rüstungsindustrie hat gerade in den letzten Jahren einige

der modernsten Kriegsschiffe der Welt gebaut, die sich gut verkaufen. Die deutsche Marine verfügt erstens über die Korvette, mit einem Preis 350 Millionen Euro pro Stück. Sie ist mit

Marschflugkörpern bewaffnet und kann mit ihrer Reichweite von 200 km, die auf 400 km ausbaufähig ist, sämtliche Hauptstädte der afrikanischen Küstenländer, Damaskus aber auch Pjöngjang erreichen. Erstmals kann die Bundeswehr nicht nur Schiffe und U-Boote versenken, sondern auch von See aus Ziele an Land, sogar im Landesinneren, zerstören. Das ist Kanonenbootpolitik und hat mit Landesverteidigung nichts zu tun. Mit den neuartigen Korvetten verbunden ist auch der nächstgrößere Kriegsschiffstyp: die Fregatte. Die Marine verfügt über 15 Fregatten. Die Kosten belaufen sich je nach Typ zwischen 450 und 733 Millionen Euro pro Stück. „Eine Stärke liegt dabei in der Fähigkeit, Operationen in einem Einsatzland mit Waffenwirkung von See zu unterstützen.“ Als Bewaffnung sind u.a. die Panzerhaubitze 2000 und der Mehrfach-Raketenwerfer MARS vorgesehen. Auf den Fregatten können jeweils 50 Mann Spezial-Kampftruppen stationiert werden. Für die Eingreifkräfte der Bundeswehr stellt die Marine „sieben Fregatten, fünf Korvetten, vier U-Boote sowie Seeluftstreitkräfte“ zur Verfügung. Bleiben noch die U-Boote der Klasse 212 zu erwähnen, Kosten 450 Millionen Euro pro Stück. Die U-212 sind die kampfstärksten konventionellen U-Boote der Welt. Sie können drei bis vier Wochen lang ununterbrochen unter Wasser bleiben und dabei bis zu 22.000 km zurücklegen. Dieses U-Boot kann nicht nur Überwasserschiffe, sondern auch andere U-Boote versenken. Außerhalb der NATO ist keine Marine fähig, Jagd auf diese U-Boote zu machen. Für Russland, China, Iran oder Nordkorea stellen diese U-Boote im Konfliktfall, bis auf weiteres, eine nicht abwehrbare Bedrohung dar. Die U-Boote 212 werden auch exportiert: Auch Süd-Korea, Israel, Griechenland, Portugal und Italien erhalten sie. Eine weitere Besonderheit: Eines dieser U-Boote kann „800 km Küste kontrollieren“ (alles aus: Henken, Lürs: Aufrüstung zur strukturellen Angriffsfähigkeit, August 2007 www.isw-muenchen.de/komm.html und Henken Lürs: Einsatzbereit – jederzeit – weltweit IMI-Analyse 2011/017).



Nie wieder Kriegsteilnahme!

**NEIN zu einem
Berufsheer**

**JA zur
Neutralität**

GewerkschafterInnen
gegen ein Berufsheer –
Für die Neutralität
Österreichs

www.gewerkschafter-gegen-berufsheer.at

GewerkschafterInnen gegen ein Berufsheer:

<https://www.facebook.com/GewerkschaftergegenBerufsheer/photos>
www.gewerkschafter-gegen-berufsheer.at

„Wir sind GewerkschafterInnen, die die ÖGB-Statuten ernst nehmen und für die Neutralität und gegen ein Berufsheer eintreten ... Wir teilen die Ablehnung der Einführung eines Berufsheeres mit vielen einfachen Gewerkschaftsmitgliedern. Doch ... die Gewerkschaftsspitzen haben die Linie ausgegeben: Wir geben keine Empfehlung ab, das hat nichts mit unserem „Kerngeschäft“ zu tun. Wirklich? Wer, wenn nicht Gewerkschaften, sollte sich für das Wohl der Menschen einsetzen. Das heißt eben laut und deutlich g e g e n Berufsheer, Aufrüstung und Krieg.“

Ausdrücklich steht in den **ÖGB-Statuten: § 3 Aufgaben des ÖGB:**

(1) „Der ÖGB ist in Verfolgung seines Zwecks zu einem kraftvollen Mitwirken an der steten sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Weiterentwicklung Österreichs, zur Wahrung der Unabhängigkeit und Neutralität sowie zur Wahrung der in der Verfassung verankerten Rechtsstaatlichkeit unseres Landes in einem sozialen Europa, zur Bekämpfung des Faschismus, jeder Reaktion und aller totalitären Bestrebungen, zur Mitarbeit an der Sicherung des Weltfriedens ... verpflichtet.“ ...

Wenn die Gewerkschaftsspitzen zu den Berufsheer-Plänen nichts Ablehnendes sagen, machen sie sich über die Köpfe hunderttausender Mitglieder hinweg zu Handlangern der Kapitalisten und Kriegstreiber.“

FRIEDENSPROJEKT EU?

Die EU ist kein Friedensprojekt, der Friedensnobelpreis ist ein Hohn für alle friedliebenden Menschen. Die EU rüstet sich für offensives Kriegsführen im Dienste des europäischen Kapitals!

KERNEUROPA

2011 haben die großen EU-Staaten nun folgende Kriterien für die Teilnahme von EU-Mitgliedstaaten an einem sogenannten Kerneuropa definiert:

- ⤴ die für *Auslandsinterventionen* verwendbaren Truppen müssen um 25 % in den nächsten fünf und um 50 % in den nächsten 10 Jahren erhöht werden
 - ⤴ der *Ausgabenlevel* sollte mindestens auf 1,63 % des BIP erhöht werden
 - ⤴ *Mitgliedstaaten* müssen anteilig zu ihrem BIP an Projekten der EU-Verteidigungs-Agentur EDA (European Defense Agency) teilnehmen, also die Aufrüstungsprojekte mitfinanzieren
 - ⤴ es muss an allen EU-Missionen teilgenommen werden, die eine militärische Komponente haben
- (Quelle: Egmont-Institut März 2011.)

Kriterien für den Zugang zur „Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit“ - SSZ - der EU)

ÖSTERREICH MACHT MIT

Österreichs Regierende haben seit 1991 entgegen unserer Neutralität die Entwicklung der EU-Militarisierung samt EU-Armee unterstützt und alle entsprechenden Dokumente, ohne das Volk zu befragen, unterzeichnet. Mit der EU-Verfassung 2005 wurde bereits eine explizite militärische Beistandsverpflichtung mitgeschlossen, ebenso ein Rüstungsamt, das bewertet, ob die Staaten entsprechende hohe „Verteidigungsmittel“ und militärische Fähigkeiten aufbringen. Österreichs Verantwortliche haben 2009 den Vertrag von Lissabon ratifiziert. Dieser verpflichtet zur dauerhaften Aufrüstung, zu weltweiten Militärinterventionen, zur militärischen Beistandsverpflichtung und zur Entwicklung einer mächtigen Atomindustrie.

Österreich macht auch bei Kerneuropa mit, denn der Ministerrat (SPÖ/ÖVP) hat auch dies 2011 mit der neuen „Sicherheitsdoktrin“ beschlossen: Dort heißt es u.a., dass sich „Österreich an der Sicherheits-

politik der EU in allen ihren Dimensionen beteiligen" wird. Weiter ist in der Doktrin festgehalten: „Verpflichtung zur dauerhaften Aufrüstung“, „Militärische Beistandsverpflichtung bei Militäreinsätzen nach außen wie nach innen“, „Teilnahme an den EU-Kampfftruppen“, „Bildung eines militärischen Kerneuropas“ der besonders aufrüstungswilligen Staaten.

BRUCH DER NEUTRALITÄT

All dies ist ein Bruch der Neutralität, ein Bruch unserer Verfassung, den die Herrschenden begehen! Sie wollen uns als willfähigen Handlanger für die Großmachtpläne der EU, unter Führung Deutschlands, in neue Kriege schicken. Dazu braucht es eine große und schlagkräftige Berufsarmee – dazu sollen die EU-Mitgliedstaaten durch jeweilige Berufsheere beitragen.

Deshalb wollen auch unsere Verantwortlichen der österreichischen Bevölkerung ein Berufsheer aufzwingen!

Das gilt es zu verhindern!

Ja zur Neutralität - Nein zur Berufsarmee

BERUFSHEER und NEUTRALITÄT sind UNVEREINBAR!

Ex-SPÖ-Vizekanzler und heutiger Großindustrielle Hannes **Androsch, Leiter des Pro-Berufsheer-Komitees** strafft alle Lügen, die behaupten, Berufsheer und Neutralität seien vereinbar. Nach Androsch sei es die **Aufgaben eines Berufsheeres „im europäischen Verbund in Zusammenarbeit mit der NATO einsatzbereit zu sein, die Rohstoff- und Energiequellen zu verteidigen, die Transportwege, Seewege und Pipelines ...“** (Österreich, 7. Sept. 2012) – **und dass es „innerhalb der EU und der UNO keine Neutralität gibt.“** (Die Presse, 8. Sept. 2012)

Die von allen Parteien schon 2004 beschlossene Teilnahme österreichischer Soldaten an den EU-Kampfftruppen (battle groups), die jetzt durch die Errichtung eines Berufsheeres beschleunigt und erleichtert werden soll, ist ein Verfassungs- und Neutralitätsbruch: Heißt es doch im **Artikel 2 des NEUTRALITÄTSGESETZES: „Österreich wird zur Sicherung dieses Zweckes in aller Zukunft keinen militärischen Bündnissen beitreten und die Errichtung militärischer Stützpunkte fremder Staaten auf seinem Gebiet nicht zulassen.“**

Auch der Stabschef von Minister Darabos im Verteidigungsministerium, **Generalmajor Dr. Schmideder**, ein vehementer Berufsheer-Einpeitscher, musste in einer Diskussionsveranstaltung (28. Nov. 2012, Schwechat) zugeben, **dass am Ende die Neutralität nicht mehr vorhanden sein wird.**

Wer ist das Österreichische Solidaritätskomitee?

1981 haben 10.000 Menschen aus der ganzen Region Judenburg in der Steiermark für die Erhaltung des Stahlstandortes demonstriert und so ihren Willen durchgesetzt. Zur Unterstützung der kämpfenden Arbeiter hat sich damals das "Österreichische Solidaritätskomitee" gegründet, weil der Widerstand gegen die Zusperrer und Sanierer im Interesse aller arbeitenden Menschen liegt und die Betroffenen nicht alleingelassen werden dürfen.

Wir sind ein Forum von Kolleginnen und Kollegen, die wieder mehr sozialistische Grundsätze und Denkweise in ihrer gewerkschaftlichen Arbeit für die Rechte der arbeitenden Menschen als ihre Richtschnur sehen. Das "Österreichische Solidaritätskomitee" erhält sich ausschließlich von Mitgliedsbeiträgen und von den Spenden seiner Aktivisten, Abonnenten und Unterstützer.

Ich möchte die Zeitschrift "Solidarität – unsere Chance" beziehen:

- Ich will eine Probenummer testen.
- Ich will ein Abo (4 Ausgaben pro Jahr) zum Preis von € 6,- (Solidaritätspreis € 12,-)
- Ich bin an weiterem Infomaterial interessiert.
- Ich bin an Treffen interessiert.

Name: _____

Adresse: _____

Telefon: _____

e-mail: _____

113/12

Einsenden an:
Österreichisches Solidaritätskomitee
Stiftgasse 8, 1070 Wien
oesolkom@gmx.at

Impressum:

Medieninhaber, Herausgeber, Druck und Redaktion:
Österreichisches Solidaritätskomitee – Verein zur Unterstützung der arbeitenden Menschen
Stiftgasse 8, 1070 Wien, ZVR 188951949

Erscheinungsort Wien, P.b.b.,
Verlagspostamt 1070 Wien,
"Sponsoring Post" GZ 02Z030772 S



Sozialistische Jugend Österreichs: Gegen die Einführung eines Berufsheeres:

<http://sjoe.at/content/oest/themen/zwangsdienst/heer/article/252.html>

Die Einführung von Berufsarmeen wird gerne als ein Schritt der Abrüstung dargestellt. Um so deutlicher muss festgehalten werden, daß es den politisch verantwortlichen Militärs und PolitikerInnen keineswegs um Abrüstungspolitik geht.

Seit dem Ende des Ost-West-Konflikts suchen die Militärs dieser Welt nach neuer Legitimation. Um die riesigen Militärbudgets und Rüstungsausgaben auch in Zeiten größer

werdender sozialer Widersprüche argumentieren zu können ...

... erscheinen die weltweiten Bemühungen der Militärs um die Einführung professioneller Berufsarmeen klarer. .. Der Einsatz von Grundwehrdienern bei internationalen Kampfeinsätzen ist politisch kaum durchsetzbar. Wer läßt ihren/seinen Sohn gerne von PolitikerInnen in den Krieg schicken? Um trotzdem militärisch "handlungsfähig" zu sein, bleibt nur mehr die Einstellung von bezahlten Söldnern. Deren Beruf ist es, nicht nur im Auftrag des Staates zu töten, sondern im Extremfall auch zu sterben.

Die Folgen von Kriegen werden so nicht nur via Medien, durch das Darstellen von Kampfhandlungen wie in einem Computerspiel, verharmlost. Damit sich Mann und Frau ... keine Gedanken mehr über menschliche Opfer zu machen brauchen, schafft

man moderne Söldner, die diesen Job ja freiwillig gewählt haben ...

Für uns als Sozialistische Jugend ist es daher untragbar, daß auch Österreich diese "Militarisierung durch die Hintertür" mit der Einführung einer Berufsarmee unterstützt. Weiters wollen wir auf die demokratiepolitischen Gefahren einer Berufsarmee hinweisen. Ein Milizheer, das einen Querschnitt der Bevölkerung darstellt, ist ohne Zweifel eher ein Garant dafür, daß das Heer nicht in einem möglichen inländischen Konflikt gegen einen bestimmten Teil der Bevölkerung eingesetzt wird. Als negatives Beispiel sei hier an die Vorkommnisse in der 1. Republik im Februar 1934 hingewiesen ...

▲ Ein klares Nein zur Einführung eines Berufsheeres in Österreich ...

▲ Ein klares Nein zur Aufgabe der Neutralität ...

Aus aktuellem Anlass der bevorstehenden Befragung Wehrpflicht – Berufsheer, haben wir in dieser Ausgabe keinen Platz mehr für aktuelle Informationen, Berichte und Kommentare zu anderen sozialen und gewerkschaftlichen Themen. Wir werden dies in der nächsten Ausgabe natürlich fortsetzen.



LIEBE KOLLEGINNEN UND KOLLEGEN!

Wir danken für die Zusendungen und Einzahlungen, die wir im Sinne unserer gemeinsamen Arbeit benötigen: Auftreten gegen Wirtschaftskrise, Demokratie- und Sozialabbau, Militarisierung und Krieg. Danke! Wir finanzieren unsere ehrenamtliche Tätigkeit ausschließlich aus Spenden und Abozahlungen unserer AktivistInnen und LeserInnen. Das garantiert unsere Unabhängigkeit. Nur gemeinsam schaffen wir eine bessere Zukunft!

Wir wünschen allen unseren LeserInnen und Lesern alles Gute für 2013!

Abo- und Spenden-Einzahlungen

Diese Ausgabe enthält keinen Zahlschein. Deshalb ersuchen wir Abo und Spenden per Überweisung auf unser Konto wie folgt zu tätigen:

EmpfängerIn: W. Leisch,
Verwendungszweck: ÖSK, Abo / Spende,
Konto-Nr.: 00079-348-267
BLZ: 60000
oder:
BIC: OPSKATWW,
IBAN: AT986000000079348267

Danke!

Mit solidarischen Grüßen, Österr. Solidaritätskomitee
oesolkom@gmx.at <http://proSV.akis.at>